

Beschluss (vorläufig) Kapitel 8: International zusammenarbeiten

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 22.11.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-I International zusammenarbeiten

Antragstext

1 **Kapitel 8: International zusammenarbeiten**

2 **Frieden und internationale Ordnung**

3 (327) Die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur global
lösen.

4 Nachhaltige Politik bedarf vorausschauenden Handelns in internationaler Kooperation.

5 (328) Eine an Frieden, Freiheit, Solidarität, Gewaltfreiheit, Menschenrechten und
globaler

6 Gerechtigkeit orientierte Politik braucht Bündnisse all derer, die an den Wert von
7 Kooperation und die Stärke des Rechts in den internationalen Beziehungen glauben –
gerade

8 weil offene Gesellschaften und freiheitliche Demokratien immer stärker auch im
globalen

9 Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen stehen. Deutschland und
Europa

10 müssen sich selbstbewusst dieser Auseinandersetzung stellen. Multilaterale
Zusammenarbeit in

11 den internationalen Organisationen bleibt die beste Form, globale Politik zu gestalten.

12 (329) Es braucht eine internationale Ordnung, die auf der gerechten Verteilung globaler

13 Ressourcen und auf verbindlichen Regeln fußt, die die Rechte von Einzelnen und von
14 Kollektiven schützt, Konflikte verhindert oder gewaltfrei und zum Wohle der
Allgemeinheit

15 löst.

16 (330) Eine friedliche und gerechte Weltordnung erfordert starke Vereinte Nationen mit
dem

17 Ziel einer Weltinnenpolitik. Sie sind das zentrale Forum, um völkerrechtliche Normen zu
18 entwickeln und sich auf weltgemeinschaftliche Ziele zu verständigen. Sie haben
wichtige

19 Institutionen und Verfahren für die Vorbeugung, Beilegung und Nachsorge von
Gewaltkonflikten

20 entwickelt. Die Vereinten Nationen wie auch Regionalorganisationen müssen deshalb
gestärkt

21 werden.

22 (331) Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist unsere Brücke in die
23 Zivilgesellschaften der Welt. Das Netzwerk ihrer Akteur*innen schafft sichere
24 Begegnungsräume für den kulturellen Austausch, Zugang zu Bildung und Wissen und
übernimmt

25 Verantwortung auch aus unserer Geschichte heraus. Sie ist wertegeleitete Außenpolitik
auf

26 individueller Ebene, die Frieden und Entwicklung, internationale Kooperation und
Solidarität
27 in den Mittelpunkt stellt.

28 (332) Zur Bearbeitung globaler Herausforderungen braucht es die Europäische Union
als
29 Friedensmacht, die sich ihrer Verantwortung in der Welt, besonders im Rahmen der
Vereinten
30 Nationen, bewusst ist und zum Prinzip der internationalen Kooperation steht. Dieser
31 Verantwortung kann die EU nur gerecht werden, wenn sie nationale Spaltungen
überwindet und
32 gemeinsam handelt. Die Antwort auf die aktuellen globalen Herausforderungen ist eine
stetige
33 Vertiefung und Weiterentwicklung der EU, perspektivisch hin zu einer Föderalen
Europäischen
34 Republik.

35 **Europäische Union**

36 (333) Die Europäische Union ist die Antwort Europas auf zwei Weltkriege und den
Holocaust.
37 Sie ist Anker für Multilateralismus, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und
demokratische
38 Souveränität in einer globalisierten Welt. Es gilt, das Versprechen der Europäischen
Union
39 auf eine wertebasierte Politik nach innen und außen einzulösen. Bei Krisen gerät das
Projekt
40 EU immer wieder unter Druck, die Nationalstaaten agieren ohne Absprachen und oft
41 unsolidarisch. Gerade in Krisen aber zeigt sich, dass die EU als Gemeinschaft stärker ist

42 als jedes Land für sich allein und dass die Europäische Union mehr ist als ein
Binnenmarkt.
43 Sie muss weiterhin als politisches Projekt fortentwickelt werden, welches Krisen
kooperativ
44 und solidarisch bewältigt.

45 (334) Es ist zentrale Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten, die Gräben in der
Europäischen
46 Union nicht durch nationale Egoismen zu vergrößern. Es ist ihre Verantwortung, die
47 Handlungsfähigkeit der EU nach innen und außen zu verbessern.

48 (335) Die Europäische Grundrechtecharta, freie Binnengrenzen und europäische
Freizügigkeit
49 sind Meilensteine der europäischen Einigung, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen.
Sie
50 müssen für alle Menschen in der EU gelten. Wenn nationale Regierungen
Minderheitenrechte
51 bedrohen und Freiheiten abbauen, ist die intensive Zusammenarbeit mit der
Zivilgesellschaft
52 und pro-europäischen Kräften vor Ort umso wichtiger.

53 (336) Auf Grundlage der gemeinsamen Werte braucht es ein gemeinsames
strategisches
54 Bewusstsein und Handeln der EU, das sich durch die verschiedenen Politikbereiche

zieht.

55 Indem die EU mehr Souveränität und strategische Handlungsfähigkeit aufbaut, kann sie
auch

56 global Demokratie schützen und den Klimaschutz voranbringen sowie in der
Wirtschafts- und

57 Finanzpolitik an Menschenrechten und Gemeinwohl orientierte Standards setzen. Das
schafft

58 gemeinsame Gestaltungskraft und -macht in einer vernetzten Welt.

59 (337) Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich einen großen
Einfluss.

60 Daraus erwächst die Verantwortung, Globalisierung sinnvoll zu gestalten und an
61 Menschenrechten, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit orientiert zu regulieren, um Krisen
zu

62 verhindern statt sie zu verstärken. Wer ökologisch, sozial, transparent und
63 menschenrechtskonform produziert, soll davon einen Vorteil haben. Wer das Gegenteil
tut,

64 soll negative Konsequenzen spüren.

65 (338) Damit Herausforderungen nicht nur durch die eigene nationalstaatliche Brille
66 betrachtet werden und um gegenseitiges Verständnis zu stärken, braucht es einen
gesamt-

67 europäischen Diskurs in der europäischen Öffentlichkeit sowie eine europäische
68 Zivilgesellschaft. Dafür sind nichtkommerzielle und europäisch geförderte
Kommunikations-

69 und Begegnungsräume für alle Europäer*innen notwendig – digital, über die
klassischen Medien

70 und im direkten Austausch miteinander –, ebenso wie gemeinsame
Organisationsformen wie

71 europäische Vereine und gemeinnützige Organisationen.

72 (339) Nicht alle EU-Staaten wollen immer dasselbe zur selben Zeit und die fehlende
Einigung

73 der EU-Staaten oder die Blockadehaltung einzelner Staaten dürfen nicht zur Ausrede für

74 kollektives Nichthandeln werden. Deshalb können Mitgliedstaaten im Rahmen
verstärkter

75 Zusammenarbeit nächste Schritte eher gehen als andere und in bestimmten Bereichen
gemeinsam

76 vorgehen. Dabei ist immer sicherzustellen, dass das Projekt der Europäischen Union
als

77 Ganzes nicht gefährdet wird und dass alle Mitgliedstaaten sich jederzeit anschließen
können.

78 So kann es in einem Bündnis der europäischen Demokratien auch gegen die
nationalistischen

79 Kräfte und Regierungen in Europa gelingen, das europäische Einigungswerk
fortzusetzen sowie

80 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken.

81 (340) Die EU muss weltpolitikfähig werden, um im Sinne universeller Werte und daraus
82 abgeleiteter Interessen die Regeln und Realitäten des internationalen Umfelds
mitgestalten.

83 Eine geeinte Europäische Union kann in der globalisierten Welt als Akteurin wirkmächtig

- 84 handeln und demokratische und nachhaltig orientierte Gestaltungskraft entfalten. Die
85 Grundlage dafür bilden die Menschenrechte und die globalen Nachhaltigkeitsziele.
- 86 (341) Die EU muss ihre Soft Power nutzen, um die internationale Politik entscheidend
87 mitzugestalten. Dabei gilt es, nationale Interessen im Lichte des europäischen
88 Gemeinwohls
89 und der Handlungsfähigkeit der EU zu definieren und die Leitlinien der Mitgliedstaaten
90 in
91 einer gemeinsamen außenpolitischen Strategie zu bündeln. Das Prinzip der
92 Einstimmigkeit soll
93 durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden, um die gemeinsame Außen- und
94 Sicherheitspolitik der EU (GASP/GSVP) zu stärken und so handlungsfähiger zu werden.
- 95 (342) Das Friedensprojekt Europa ist mehr als die EU. Daraus erwachsen
96 Verpflichtungen im
97 Erweiterungsprozess und in der Nachbarschaftspolitik. Die EU steht in der politischen
98 Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen nicht zu enttäuschen und
99 gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in den Beitrittsländern mitzugestalten.
100 Partnerschaften, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Solidarität mit den Regionen **in**
101 **der**
102 **Nachbarschaft der EU** tragen zu Stabilität und Sicherheit bei. Die Östliche
103 Partnerschaft der
104 EU ist eine wichtige Säule, die auf demokratischer Solidarität und der selbstbestimmten
105 Entwicklung der osteuropäischen Nachbarn basiert. Auch die Kooperationen mit Staaten
106 in
107 Nordafrika und dem Nahen Osten können Demokratisierung, Durchsetzung von
108 Menschenrechten und
109 wirtschaftliche Entwicklung stärken. Unter dieser Prämisse sollen sie ausgebaut
110 werden. Die
111 gemeinsamen europäischen Institutionen wie OSZE oder Europarat sind im
112 Zusammenspiel mit
113 einer starken Europäischen Union wichtige Plattformen einer multilateralen
114 Weltordnung.
- 115 **Multilaterale Beziehungen**
- 116 (343) Die Vereinten Nationen bilden den multilateralen Rahmen der internationalen
117 Zusammenarbeit. Mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen erfordert von
118 Deutschland und
119 der EU, ihr Engagement finanziell, personell und diplomatisch substanziell zu
120 verstärken,
121 besser zu koordinieren und die internationalen Vereinbarungen auch konsequent und
122 kohärent
123 in nationale und europäische Politik umzusetzen. Dabei geht es um das Prinzip der
124 Reform
125 durch Stärkung. Das ist gerade wichtig, wenn nationale Egoismen zunehmen und
126 wichtige
127 Entscheidungen blockiert werden.
- 128
129 (344 neu) Partnerschaften der EU mit Regionalorganisationen wie der Afrikanischen
130 Union (AU)

114 und der südostasiatischen Staatengemeinschaft (ASEAN) sollen intensiviert werden, um
 115 multilaterale Kooperation, Demokratie, Menschenrechte und globale Nachhaltigkeit zu
 stärken.
 116 Insbesondere die Afrikanische Union (AU) sollte beim Aufbau ihrer Kapazitäten gestärkt
 und
 117 der Selbstvertretungsanspruch der afrikanischen Länder in internationalen Foren
 unterstützt
 118 werden.

119 (344) Der Sicherheitsrat und andere Organe der Vereinten Nationen müssen an die
 Realitäten
 120 des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Das betrifft sowohl die strukturelle und
 finanzielle
 121 Ausstattung von VN-Organisationen als auch eine gerechtere Repräsentation der
 Regionen im
 122 Sicherheitsrat. Das Konzept der Vetomächte ist nicht mehr zeitgemäß und mit diesem
 Anspruch
 123 nicht vereinbar. Das Vetorecht soll langfristig abgeschafft werden und als
 Zwischenschritt
 124 muss im Falle von schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein Veto im
 Sicherheitsrat
 125 mit einer Begründung und einem Alternativvorschlag versehen werden. Wenn der
 Sicherheitsrat
 126 im Falle von schwersten Menschenrechtsverletzungen anhaltend blockiert ist, soll die
 127 Generalversammlung an seiner Stelle über friedens erzwingende Maßnahmen mit
 qualifizierter
 128 Mehrheit beschließen.

129 (345) Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll als Sonderorganisation der VN und
 als
 130 wichtigste Organisation im Bereich der globalen Gesundheit politisch, finanziell und
 131 personell gestärkt werden. Ihre Aufgabe kann sie nur mit einer ausreichenden
 Ausstattung an
 132 staatlichen, deutlich höheren Beiträgen und einem starken Mandat ausführen.

133 (346) Wenn multilaterale Prozesse in den Vereinten Nationen und der EU dauerhaft
 blockiert
 134 sind, braucht es im Sinne der Stärkung des internationalen Rechts und der
 internationalen
 135 Ordnung Vorreiter*innen und innovative Konzepte, die offen für möglichst alle
 Beteiligten
 136 sind. Es braucht die Partnerschaft mit Demokratien und mit Demokrat*innen weltweit,
 um das
 137 Völkerrecht zu stützen, demokratische Prozesse in der Welt zu erhalten, sowie für die
 Stärke
 138 des Rechts statt das Recht des Stärkeren einzutreten.

139 (347) In Zeiten von dysfunktionalen internationalen Institutionen bauen informelle
 Formate
 140 Brücken. Diese dürfen aber nicht Machtinstrumente gegenüber denen sein, die nicht an
 ihnen
 141 beteiligt sind. Zum Beispiel spielen die G20 eine wichtige Rolle für die internationale

142 wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Bewältigung globaler Herausforderungen. Sie
 143 müssen
 144 für andere Akteure offen sein. Langfristig sollen die Beratungen der G20 in den
 145 Wirtschafts-
 146 und Sozialrat der Vereinten Nationen überführt werden.

146 (348) Die transatlantische Partnerschaft, die seit Jahrzehnten ein Stützpfeiler der
 147 deutschen Außenpolitik gewesen ist, muss erneuert und damit gestärkt, europäisch
 148 gefasst,
 149 multilateral orientiert und an klaren gemeinsamen Werten ausgerichtet werden. Dazu
 150 gehören
 151 das Eintreten für Nachhaltigkeit, für Menschenrechte, für Rechtsstaat und Demokratie
 152 und für
 153 internationale Solidarität. Die Zusammenarbeit soll alle staatliche wie
 154 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen einbeziehen, die in ihrem Land
 155 und
 156 international zu einer solchen Perspektive beitragen können. Zur Lösung der
 157 Menschheitsherausforderungen braucht es auch Kooperation mit Russland und China.
 158 Diese darf
 159 nicht zu Lasten von Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger*innenrechten gehen.
 160 Demokratie und Menschenrechte sind der Maßstab für die Vertiefung der Beziehungen.

161 (348) Neben der staatlichen Zusammenarbeit sind Bündnisse mit und zwischen Städten
 162 und
 163 Regionen, Wirtschaftsakteur*innen sowie Zivilgesellschaften zentral. Nichtstaatliche
 164 Akteure
 165 gehören stärker in Aushandlungsprozesse auf bilateraler und multilateraler Ebene
 166 einbezogen
 167 und in ihrer Vernetzung untereinander unterstützt. Im Dialog mit der globalen
 168 Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft müssen neue Wege entwickelt und globale
 169 Bündnispartner*innen gefunden werden, um die sozial-ökologische Modernisierung und
 170 die
 171 Achtung der Menschenrechte voranzutreiben. Auch wenn es noch keine Einigung auf
 172 ein
 173 internationales Vorgehen gibt, kann so in zentralen Bereichen wie beim Handel oder in
 174 der
 175 Flucht- und Migrationspolitik vorangegangen werden.

165 (349) Zu einer fairen Globalisierung gehört die Stärkung regionaler
 166 Wirtschaftskreisläufe
 167 genauso wie die Mitbestimmung und demokratische Organisation auf kommunaler
 168 und regionaler
 169 Ebene. Politik und nicht transnationale Konzerne muss die internationalen Spielregeln
 170 für
 171 die Weltwirtschaft bestimmen.

169 (350) Die eigene kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu leben, muss
 170 gewährleistet sein. Statt in regionale Nationalismen, Unabhängigkeitsbestrebungen
 171 oder
 172 gewaltsame Konflikte zu verfallen, braucht es eine Politik für nationale Minderheiten,
 173 die
 174 deren Rechte auf kulturelle und sprachliche Vielfalt stärkt sowie gleichberechtigte
 175 gesellschaftliche Teilhabe und kulturelle Partizipation sichert und fördert.

174 **Globale Sicherheit**

- 175 (351) Eine an universeller Würde und Freiheit orientierte Politik denkt Sicherheit nicht
176 von
176 nationalen Grenzen, sondern von jedem einzelnen Menschen her. Zivile
177 Krisenprävention,
177 soziale Sicherheit, Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die
178 Ermächtigung marginalisierter Gesellschaftsgruppen, insbesondere auch von LSBTIQ*,
178 eine
179 gewaltfreie Regelung von Konflikten, Wiederaufbau, Klima- und Umweltschutz, gerechte
180 Ressourcenverteilung und die Geltung des internationalen Rechts sind Grundlage einer
181 nachhaltigen Friedens- und Sicherheitspolitik. Dazu gehören auch die europäische
181 Integration
182 und die Beteiligung an Systemen kollektiver Sicherheit.
- 183 (352) Über Frieden und Sicherheit nachzudenken sollte nicht erst beginnen, wenn
183 beides schon
184 in Gefahr ist. Konsequenterweise auf alle Politikfelder angewandt kann das Prinzip der Vorsorge
185 viel Leid verhindern. Nachhaltige Sicherheit kann nur gemeinsam erreicht werden.
186 Friedenslogisches Handeln muss die Interessen und Bedrohungswahrnehmungen der
186 jeweils
187 anderen Seiten berücksichtigen. Gespräche setzen nicht zwingend Vertrauen voraus,
187 sondern
188 Vertrauen entsteht durch den Abbau klischeehafter Feindbilder und eine gezielte
189 Entspannungspolitik.
- 190 (353) Zivile Krisenprävention und politische Konfliktbearbeitung müssen noch stärker
191 institutionell verankert werden. Dazu bedarf es ausreichender Analysekapazitäten,
192 Regionalkompetenz, Wirkungsforschung, eines intensivierten Wissenstransfers
192 zwischen
193 Wissenschaft, Praxis und Politik und der unmittelbaren Verfügbarkeit von Personal und
194 Material. Zivile Krisenprävention und politische Konfliktlösung haben Vorrang vor dem
195 Einsatz militärischer Gewalt, was sich auch in der tatsächlichen institutionellen,
196 finanziellen und personellen Ausstattung widerspiegeln muss. Wo sich multiple Krisen
196 häufen,
197 kommt es besonders darauf an, bei der Krisenprävention schneller besser zu werden.
- 198 (354) Das allgemeine Gewaltverbot der VN-Charta ist eine große Errungenschaft. VN-
198 geführte
199 Friedenseinsätze sind ein zentrales Instrument kollektiver Friedenssicherung und als
199 solche
200 trotz aller Defizite – gerade durch eine größere europäische Beteiligung an
201 Blauhelmeinsätzen – zu stärken.
- 202 (355) Die Europäische Union ist eine Friedensmacht. Das Primat des Zivilen und das
202 breite
203 Spektrum ziviler Instrumente zeichnen sie aus. Friedensmissionen, zivile
203 Krisenprävention,
204 Diplomatie, internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Auswärtige Kultur-
204 und
205 Bildungspolitik, Mediation, die Bereitstellung von Zivil- und Sicherheitsexperten,

206 Rechtsstaatsförderung und gesellschaftliche Verständigungsarbeit sind die Stärken der
207 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Sie muss institutionell, personell
und
208 finanziell gestärkt und noch enger verzahnt werden.

209 (356) Eine starke Außen- und Sicherheitspolitik ist feministisch. Die gleichberechtigte
210 Vertretung von Frauen in der internationalen Politik sowie ihre gleichberechtigte
211 Beteiligung und Mitbestimmung an diplomatischen Verhandlungen oder bei der
Zusammensetzung
212 sicherheits- und außenpolitischer Gremien ist dafür Maßgabe. Feministische
Außenpolitik
213 folgt dem Leitbild der "menschlichen Sicherheit". Frauen und marginalisierte Gruppen
sind in
214 besonderem Maße von Kriegen und gewaltsamen Konflikten betroffen. Die migrantische
215 Perspektive ist auch in außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen zu integrieren.

216 (357) Die Klimakrise ist ein globales Sicherheitsrisiko. Klimapolitik ist daher ein
217 zentraler Bestandteil der globalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Dafür
ist
218 ein internationales Rahmenwerk auf VN- und EU-Ebene zur Vermeidung von Klima- und
219 Umweltkonflikten erforderlich, um Staaten und Regionen, die besonders von den Folgen
der
220 Klimakrise oder von Rohstoffknappheit, Dürren, Nahrungsknappheit und
Überschwemmungen
221 betroffen sind, zu schützen und zu unterstützen: die Responsibility to Prepare.

222 (358) Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und
bleiben
223 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Unser Anspruch ist es, alle Länder hier
224 einzubeziehen, insbesondere auch die neue Supermacht China. Abrüstung und
Rüstungskontrolle
225 bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Es bedarf eines strengen Regelwerkes zur
Abrüstung
226 und zum Verbot von chemischen, biologischen und nuklearen
Massenvernichtungswaffen. Der
227 Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag und die Stärkung des
nuklearen
228 Nichtverbreitungsvertrags gehören dazu. Dafür muss gemeinsam mit den
internationalen und
229 europäischen Partnern am Ziel eines atomwaffenfreien Europas gearbeitet werden.
Dazu braucht
230 es ein Deutschland frei von Atomwaffen und damit ein zügiges Ende der nuklearen
Teilhabe.
231 Der Anspruch ist nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt.

232 (359) Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren,
menschenrechtsverachtende Regime
233 und in Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von Rüstungsexporten braucht
es eine
234 gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit starken Institutionen und in
EU-
235 Gemeinschaftsrecht gegossene Exportkriterien. EU-Mitgliedstaaten, die gegen

- verbindliche
- 236 Rüstungsexportkriterien verstoßen, müssen mit Sanktionen rechnen. Der Einsatz von
237 Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten muss streng reguliert und private
238 Militärfirmen müssen verboten werden. Kooperationen mit dem Sicherheitssektor
anderer
- 239 Staaten müssen an die Einhaltung demokratischer, rechtsstaatlicher und
menscherechtllicher
- 240 Kriterien geknüpft werden.
- 241 (360) Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner wirksamen Steuerung mehr durch
den
- 242 Menschen bei Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine
unberechenbare
- 243 Bedrohung dar. Es ist entscheidend für Frieden und Stabilität, Autonomie in
Waffensystemen
- 244 international verbindlich zu regulieren und ihre Anwendungen, die gegen ethische und
245 völkerrechtliche Grundsätze verstoßen, zu ächten und zu verbieten. Das gilt auch für
246 digitale Waffen wie Angriffs- und Spionagesoftware. Hierbei müssen Deutschland und
die EU
- 247 eine globale Führungsrolle einnehmen. Weiterentwickelte, verbindliche Regeln sollen
eine
- 248 Militarisierung des Weltraumes verhindern.
- 249 (361) Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen sich gegen Angriffe auf
ihre
- 250 kritische Infrastruktur schützen. Um Angriffe über und auf das Internet zu verhindern,
251 braucht es mehr eigene Anstrengung zur Sicherung der Infrastruktur und ein
internationales
- 252 Vertragswerk.
- 253 (362) Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bringt immer massives Leid mit sich.
Wir
- 254 wissen aber auch, dass die Unterlassung in einzelnen Fällen zu größerem Leid führen
kann.
- 255 Deshalb ist es so wichtig, frühzeitig auf Konflikte einzuwirken und zu verhindern, dass
sie
- 256 zu bewaffneten Auseinandersetzungen eskalieren. Das Konzept der
Schutzverantwortung
- 257 („Responsibility to Protect“) verpflichtet Staaten, ihre Bevölkerung vor schwersten
258 Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. In
diesen
- 259 Fällen können die Vereinten Nationen Zwangsmaßnahmen beschließen. Die
Schutzverantwortung
- 260 verpflichtet die Staatengemeinschaft gleichermaßen, ihre Instrumente für Prävention,
261 Krisenreaktion und Nachsorge bzw. Wiederaufbau kriegszerstörter Gesellschaften
auszubauen.
- 262 Diplomatische Initiativen, Mediation und UN-Friedenseinsätze können Gewalt
eindämmen und
- 263 Voraussetzungen für Friedensprozesse schaffen. Zentral für Frieden, Versöhnung und
264 Gerechtigkeit ist auch der Einsatz gegen die Straflosigkeit von
Menschenrechtsverbrechen.

265 (363) Der Einsatz von militärischer Gewalt ist immer nur äußerstes Mittel. Er kommt nur
in
266 Betracht, wenn alle alternativen Möglichkeiten wie Sanktionen oder Embargos
aussichtslos
267 sind. Ein Militäreinsatz braucht einen klaren und erfüllbaren Auftrag, ausgewogene
zivile
268 und militärische Fähigkeiten und unabhängige Evaluierungen. Bewaffnete Einsätze der
269 Bundeswehr im Ausland sind in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit, das
heißt
270 nicht in verfassungswidrigen Koalitionen der Willigen, und in ein politisches
Gesamtkonzept,
271 basierend auf dem Grundgesetz und dem Völkerrecht, einzubetten. Bei Eingriffen in die
272 Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche Souveränität fehlt, braucht es ein
273 Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht
wird, um
274 schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken, steht die Weltgemeinschaft
vor
275 einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und Völkerrecht schädigt
wie
276 Handeln.

277 (364) Die Bundeswehr ist eine im Grundgesetz und in internationalen Bündnissen
verankerte
278 Parlamentsarmee. Daraus erwächst eine Fürsorgepflicht des Parlaments gegenüber den
aktiven
279 und ehemaligen Soldat*innen und Zivilbeschäftigten sowie die Verpflichtung, sie
entsprechend
280 ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell und materiell auszustatten. Der Auftrag
und die
281 Aufgaben der Bundeswehr orientieren sich an den realen und strategisch bedeutsamen
282 Herausforderungen für Sicherheit und Friedenssicherung. Sie ist ein notwendiges Mittel
283 staatlicher und internationaler Sicherheitspolitik. Deutschland soll sich auf seine
284 Bündnispartner verlassen können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf
Deutschland
285 verlassen. Die Gesamtverantwortung für den Einsatz muss begründet, Informationen
über alle
286 Operationen im Einsatz den Verbündeten vollständig zugänglich sein. Direkte Einsätze
im
287 Rahmen der VN haben dabei Vorrang vor Kriseneinsätzen der EU und der NATO.

288 (365) Die Prinzipien der „Inneren Führung“ und der „Staatsbürger*innen in Uniform“
binden
289 die Soldat*innen an die Gesellschaft und die Werte und Normen des Grundgesetzes.
Eine
290 Bundeswehr, die fest in unserer Gesellschaft verankert ist, muss die Vielfalt der
291 Gesellschaft abbilden. Das betrifft den Anteil von Menschen unterschiedlicher sozialer
292 Herkunft, mit und ohne Migrationserfahrung, von People of Color sowie von Frauen, die
in der
293 Bundeswehr beschäftigt sind. Menschenfeindliche Ideologien und rechtsextremistische
294 Strukturen in der Bundeswehr müssen konsequent verfolgt und zerschlagen werden.
Unsere
295 Geschichte lehrt uns, wie unersetzlich demokratische und antifaschistische Grundwerte

sowie
 296 Demokratiebildung gerade in einer Armee sind. Der bewaffnete Einsatz der
 Bundeswehr im
 297 Inneren ist abzulehnen.

298 (366) Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer
 299 Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die
 gemeinsame
 300 Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik
 voraus.
 301 Es braucht eine parlamentarisch kontrollierte Sicherheitsunion. Anstatt immer mehr
 Geld in
 302 nationale, militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte
 Zusammenarbeit
 303 der Streitkräfte in der EU ausgebaut, militärische Fähigkeiten gebündelt und allgemein
 304 anerkannte Fähigkeitslücken geschlossen werden. Dafür braucht es eine geeignete
 Ausstattung,
 305 den Ausbau von EU-Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der
 gemeinsamen EU-
 306 Kommandostruktur.

307 (367) Die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muss strategisch,
 308 vorausschauend, umfassend und schnell handlungsfähig sein. Dazu braucht es eine
 gemeinsame
 309 Analysefähigkeit sowie eine Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Schritt
 für
 310 Schritt sollen immer mehr Entscheidungen in diesem Bereich mit qualifizierter Mehrheit
 311 getroffen werden können.

312 (368) Die NATO leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb
 der
 313 Allianz bis hin zur gegenseitigen militärischen Bedrohung. Ihr fehlt in dieser tiefen Krise
 314 eine klare strategische Perspektive. Trotzdem bleibt sie aus europäischer Sicht neben
 der EU
 315 unverzichtbarer Akteur, der die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und
 der als
 316 Staatenbündnis einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt. Es
 braucht
 317 aber eine strategische Neuausrichtung. Mit einer stärkeren militärischen
 Zusammenarbeit und
 318 Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern **wie**
 Großbritannien und
 319 Norwegen können europäische Werte und strategische Interessen geschlossen und
 überzeugender
 320 vertreten werden.

321 (369) Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU.
 322 Damit die Vision einer friedlichen Zukunft für alle Europäer*innen Wirklichkeit werden
 kann,
 323 braucht es die gemeinsamen, über die EU hinausreichenden europäischen Institutionen
 wie den
 324 Europarat und die OSZE, um alle europäischen Staaten einzubinden. Sie müssen

gestärkt und
 325 weiterentwickelt werden, um das Ziel eines tatsächlich effektiven und starken Systems
 326 kollektiver Sicherheit in ganz Europa zu erreichen. Auch angesichts der
 nationalistischen
 327 und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas Sicherheit und die
 Selbstbestimmung
 328 der Nachbarn Russlands untergräbt, bleibt das Ziel, auf der Basis gemeinsamer Werte
 diesen
 329 östlichen Nachbarn Europas für eine solche Perspektive zu gewinnen.

330 **Globale Strukturpolitik**

331 (370) In einer verflochtenen Welt verbinden und überkreuzen sich alle Bereiche der
 Politik.
 332 Globale Strukturpolitik muss für die sozial-ökologische Transformation einen
 abgestimmten,
 333 vernetzten Ansatz verfolgen, der auch inländische Politikbereiche einbezieht und innere
 334 Widersprüche im Regierungshandeln konsequent auszuräumt. Alle politischen
 Entscheidungen
 335 müssen einem verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden, um friedens-,
 336 menschenrechts- und klimapolitisch kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und
 Schädliches zu
 337 unterlassen.

338 (371) Handlungsrahmen für das Gesamtregierungshandeln sind die Menschenrechte,
 die
 339 Klimaziele von Paris und die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige
 340 Entwicklung. Sie sind Voraussetzung dafür, Strukturen global und nachhaltig gestalten
 zu
 341 können. So konnten Erfolge bei der Bekämpfung von Armut und Hunger sowie beim
 Zugang zum
 342 Gesundheits- und Bildungssystem erreicht werden. Der Einsatz für
 Geschlechtergerechtigkeit
 343 ist integraler Bestandteil einer queerfeministischen Strukturpolitik. Das Recht auf
 344 Entwicklung gilt weltweit. Um die globalen Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der
 planetaren
 345 Grenzen einzuhalten und das globale Zusammenleben möglichst krisenfest zu
 gestalten, braucht
 346 es eine globale sozial-ökologische Transformation.

347 (372) Internationale Zusammenarbeit, insbesondere Entwicklungspolitik mit Staaten
 und
 348 Zivilgesellschaften in ärmeren Regionen der Welt darf nicht einseitigen migrations-,
 349 wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Interessen untergeordnet werden.
 Internationale
 350 Zusammenarbeit basiert vielmehr auf rechtebasierter Kooperation, dem
 Partnerschaftsprinzip,
 351 auf Selbstbestimmung und hat globale Gerechtigkeit und die Sicherung globaler
 öffentlicher
 352 Güter zum Ziel.

353 (372-2) Es besteht die gesamtgesellschaftliche Pflicht, die verheerenden Auswirkungen des
354 Kolonialismus anzuerkennen, aufzuarbeiten und sie zu beheben. Die Menschen und Staaten im
355 globalen Süden verfügen über ein enormes Innovationspotential, von dem auch Deutschland und
356 Europa lernen können. Die internationale Zusammenarbeit ist postkolonial und antirassistisch
357 auszurichten.

358 (373) Die Fehler der Ausbeutung von Mensch und Natur müssen überwunden werden durch ein
359 faires und nachhaltiges Wohlstandsmodell. Aus den Verbrechen des Kolonialismus erwächst für
360 Deutschland und Europa eine besondere Verantwortung, nach innen und außen. Wertegeleitete
361 Politik hat ihr Handeln konsequent auf friedens-, menschenrechts- und klimapolitisch
362 kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und Schädliches zu unterlassen.

363 (374) Es braucht eine starke öffentliche Säule der Entwicklungs- und Klimafinanzierung. Sie
364 muss eng verzahnt, wirksam ausgeweitet und an den nachhaltigen Entwicklungszielen
365 ausgerichtet werden. Dabei sind evidenzbasierte Ansätze und der ständige Austausch mit der
366 Wissenschaft unerlässlich.

367 Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren Ländern massive Investitionen.
368 Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen,
369 muss ein zentrales Ziel der globalen Finanzierungsarchitektur sein. Internationale Zusagen
370 müssen verbindlich eingehalten und die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit muss
371 berücksichtigt werden. Auch neue Wege wie Direkthilfen an Menschen über Social-Cash-Transfer
372 sollten strukturell verankert werden. In der internationalen Klimafinanzierung stehen die
373 Industriestaaten - auch aufgrund ihrer historischen Emissionen - gegenüber den ärmeren
374 Ländern in der Verantwortung. Sie unterstützen bei Investitionen in Klimaschutz, bei der
375 Anpassung an die Folgen der Klimakrise und bei der Bewältigung von Schäden und Verlusten.
376 Denn angesichts der Klimakrise ist globale Kooperation und Unterstützung unabdingbar.

377 (375) Als weltweit größte Geberin hat die EU ein großes Potential für mehr Kohärenz und
378 Effizienz in der globalen Strukturpolitik. Ziel ist mittelfristig die Vergemeinschaftung der
379 nationalen Entwicklungspolitiken der Mitgliedstaaten. Eine gemeinsame europäische
380 Entwicklungspolitik soll zu einem Kern des gemeinsamen europäischen Handelns werden.

381 (376) Nachhaltiger Frieden und Demokratie sind auf eine aktive Zivilgesellschaft und
382 Transparenz angewiesen. Eine lebendige Zivilgesellschaft trägt dazu bei, Korruption und
383 soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Daher gilt es, die Handlungsspielräume und
384 Gestaltungsprozesse einer kritischen Zivilgesellschaft global zu verteidigen und die
385 Selbstorganisationskräfte der Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauen, Indigenen und
386 marginalisierten Gruppen, zu stärken und zu erweitern. Hierfür braucht es sichere und
387 offene
387 digitale Werkzeuge und Räume.

388 **Handel**

389 (377) Internationaler Handel verbindet Menschen und Staaten, ermöglicht Teilhabe an
390 Gütern
390 und Dienstleistungen und die Verbreitung von Innovationen, schlechte Handelsregeln
391 tragen
391 jedoch zu Umweltverschmutzung und Ausbeutung bei. Handel ist kein Selbstzweck,
392 sondern dient
392 einem weltweit gerechten Wohlstand und damit der menschlichen Entfaltung. Er soll
393 fair
393 gestaltet und demokratisch kontrolliert werden. Er muss zur Umsetzung der VN-
394 Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens beitragen, anstatt diese zu
395 konterkarieren.

396 (378) Eine demokratische Welthandelsordnung unter dem Dach einer reformierten WTO
397 soll für
397 den regelgebundenen Ausgleich von Interessen stehen. Dazu gehört ein globales
398 Kartellrecht,
398 ein transparentes Überwachungssystem des Vernetzungsgrads eines
399 Wirtschaftsakteurs sowie
399 gesetzlich verankerte menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen und
400 deren
400 Einklagbarkeit. Auch fortschrittliche bilaterale Abkommen können wichtige Schritte auf
401 diesem Weg sein, wenn sie transparent und demokratisch zustande kommen und sich
402 an globalen
402 Gemeinwohlinteressen ausrichten. Einer Untergrabung des Multilateralismus durch
403 Großmachtspolitik treten wir entgegen.

404 (379) Handelspolitik der EU ist ein starkes Instrument, um Umwelt-, Tier- und
405 Klimaschutz,
405 die Einhaltung der Menschenrechte und soziale Standards wie den Schutz von
406 Arbeitnehmer*innen-Rechten mit Wirtschaftsinteressen in Einklang zu bringen und
407 weltweit
407 durchzusetzen. Bereiche der Daseinsvorsorge, also öffentliche Güter wie beispielsweise
408 Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit oder Wasser, sind staatliche Aufgaben und
409 unterliegen einem öffentlichen Interesse. Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne
410 sind
410 auszuschließen. Handelsabkommen dürfen es Staaten und der EU nicht erschweren,
411 eigene höhere
411 Standards in Bezug auf Klima-, Umwelt-, und Verbraucher*innenschutz festzulegen. Das
412 europäische Vorsorgeprinzip ist stets zu wahren.

- 413 (380) Es braucht weltweit eine regionale Versorgungssicherheit mit
überlebensnotwendigen
414 Lebens- und Arzneimitteln. Daher dürfen diese nicht allein krisenanfälligen globalen
415 Lieferketten überlassen werden, sondern müssen auch im europäischen Binnenmarkt
produziert
416 werden können.
- 417 (381) Handelsabkommen sind stark, wenn sie regionale Wirtschaftskreisläufe,
regionale
418 Wertschöpfung und regionalen Handel fördern und die Erfüllung der
Nachhaltigkeitsziele
419 sichern, indem sie Umwelt- und Sozialstandards sowie die Einhaltung der
Menschenrechte
420 verbindlich vorschreiben. Hierfür sind Prüf- und Beschwerdeinstrumente sowie
421 Sanktionsmöglichkeiten wie Handelsbeschränkungen vorzusehen.
- 422 (382) Fairer Handel braucht einen Abbau der Ungleichgewichte im Welthandel und in
der
423 Eurozone. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung und sollte mit
öffentlichen
424 Investitionen, guten Löhnen oder einer Stärkung der Binnennachfrage seinen
425 Handelsbilanzüberschuss schrittweise reduzieren.
- 426
427 (382 b) Eine faire Handelspolitik beruht auf Gegenseitigkeit und hilft der europäischen
428 Wirtschaft gegen unfaire Praktiken wie Dumping oder Welthandelsrecht verletzende
429 Subventionen. Sie achtet auf den Schutz sensibler Infrastruktur gegenüber
Investitionen aus
430 Drittstaaten.
- 431 (383) Ärmere Länder sind im Welthandel mit einer asymmetrischen Zollpolitik zu stärken.
Sie
432 sollen souverän entscheiden, welche Bereiche ihrer Wirtschaft sie öffnen und welche sie
433 schützen wollen. Industriestaaten müssen unter Berücksichtigung hoher ökologischer
und
434 sozialer Standards ihre Märkte hingegen für diese Länder öffnen und hoch
subventionierte
435 Agrarprodukte nicht exportieren, die lokale Märkte zerstören. Denn formal gleiche
Rechte bei
436 ungleich verteilter ökonomischer Macht führen zu ungerechten Ergebnissen und
benötigen
437 deshalb gemeinsame Steuerungsmechanismen und die Orientierung an globalen
438 Gemeinwohlinteressen.
- 439 (384) Herstellung, Produktion und Transport der Waren für den europäischen Markt
müssen frei
440 sein von ausbeuterischer Arbeit, Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und
441 Umweltzerstörung, auch auf See. Fairer Handel soll Standard werden. Sorgfaltspflichten
442 sollen auf nationaler wie internationaler Ebene gesetzlich verankert werden. Auch der
443 Tierschutz ist zu beachten. Das gilt für den gesamten Weg der Lieferketten und ist über
444 vollständige Transparenz, etwa durch digitale Verfahren und Sanktionsmöglichkeiten
445 herzustellen. Dabei kommt der öffentlichen Hand als weitaus größter Beschafferin eine

446 besondere Verantwortung zu. Gleichzeitig tritt die EU dafür ein, dass diese Ziele auch
447 global gelten.

448 **Finanzmärkte und Währungsordnung**

449 (385) Unregulierte globale Finanzmärkte haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine
schwere
450 Wirtschaftskrise ausgelöst und weltweit für schwere Verwerfungen gesorgt. Kurzfristige,

451 spekulative Finanzströme sollen daher reguliert, verteuert und notfalls verboten
werden.

452 Alle internationalen Kapitalströme sollten transparent sein. Auch mit Steuerumgehung
und

453 nicht gesicherten Spekulationen soll künftig kein Geld mehr verdient werden.
Steuersümpfe

454 müssen trockengelegt und internationale Steuerhinterziehung - auch mittels eines
455 international verbindlichen Regelwerks, das Mindeststandards für die Steuerpflichten
von

456 Unternehmen und Staaten setzt - muss bekämpft werden. Wo und wieviel
internationale Konzerne

457 an Steuern zahlen, muss öffentlich einsehbar sein.

458 (386) Nachhaltige internationale Direktinvestitionen fördern die weltweite Entwicklung
und

459 gehören zu einer starken Außenwirtschaftspolitik der Europäischen Union. Eine
gerechte

460 Weltwährungsordnung ermöglicht allen Ländern - nicht nur den wohlhabenden - eine
461 langfristige und damit verlässliche Finanzierung von Investitionen. Neben einer
Regulierung

462 von kurzfristigem Kapitalverkehr braucht es dafür die Stabilisierung von Wechselkursen.

463 (387) Nur globale öffentliche Institutionen können gegen spekulative Attacken auf
Staaten

464 und ihre Währungen absichern. Langfristiges Ziel ist daher eine weltweite Kooperation
der

465 Zentralbanken sowie eine Stärkung und Demokratisierung des Internationalen
466 Währungsfonds (IWF). So soll Liquidität sichergestellt, dem globalen Finanzmarkt ein
467 stabiler Rahmen gesetzt und Krisen sollen so verhindert werden. Die Europäische
Zentralbank

468 steht schon jetzt in der Verantwortung, die Auswirkungen ihrer Politik auf weniger und
am

469 wenigsten entwickelte Länder zu berücksichtigen sowie Wechselkurse zu stabilisieren
und

470 abzusichern. So hilft europäische Geldpolitik, spekulative Kapitalflucht aus diesen
Ländern

471 zu vermeiden und deren Entwicklung zu fördern.

472 (388) Schulden können - wenn das Geld gut investiert wird - Entwicklung fördern und
die

473 notwendige Finanzierung für die sozial-ökologische Transformation bereitstellen.

474 Überschuldung hingegen schadet insbesondere den Ärmsten der Armen. Insbesondere
bremst sie

475 die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, gefährdet Gesundheitsversorgung, Bildung

und

476 Infrastruktur in vielen Ländern. Die internationale Gemeinschaft muss regelbasierte
477 Verfahren schaffen, um bei Zahlungsunfähigkeit von Staaten durch Schuldenerlasse,
478 Zahlungsaufschübe oder einen Schuldenschnitt einen Ausgleich zu finden.
479 Staateninsolvenzverfahren können sämtliche Schulden für Länder umfassen, die nicht
in ihrer
480 eigenen Währung verschuldet sind. Finanzhilfen wiederum dürfen nicht vom Abbau der
481 Daseinsvorsorge abhängig gemacht werden.

482 (389) Zu einer weltpolitikfähigen EU gehört eine sichere und starke Währung. Der Euro
soll
483 zu einer globalen Leitwährung werden. Voraussetzung dafür sind eine gemeinsame
Fiskalpolitik
484 der EU sowie die Herausgabe sicherer und liquider gemeinsamer Anleihen, abgesichert
mit
485 eigenen Steuerquellen. Die strategische Handlungsfähigkeit der EU soll auch durch
eigene
486 Zahlungssysteme und ein digitales Zentralbankgeld sichergestellt werden.

487 **Migration und Flucht**

488 (390) Migration hat es in der Menschheitsgeschichte immer gegeben. Sie ist und war
stets
489 Triebfeder für Entwicklung und globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von
Austausch und
490 Innovation, aber auch von Leid und Verlust. Migration prägt und verändert seit
Jahrhunderten
491 auch unsere Gesellschaft und unseren Alltag auf allen Ebenen. Die Möglichkeit zu
migrieren
492 oder in der Heimat zu bleiben, darf nicht das Privileg weniger Menschen bleiben. Um
globale
493 Abschottung zu beenden sind die Grundlagen zu schaffen. Unsere Demokratie ist keine,
in der
494 Zugehörigkeit auf Herkunft basiert, sondern eine offene Gesellschaft, in der wir uns
495 gemeinsam darüber verständigen, wie wir zusammenleben wollen. Diskriminierungen
und
496 Ausschlussmechanismen sind darin abzubauen und Rassismus wird aktiv und
entschlossen
497 bekämpft. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit.

498 (391) Migration ist globale Realität und braucht globale Regelungen. So stärken
499 internationale Vereinbarungen, wie der Globale Pakt für Migration die Rechte und die
500 Freiheit von Menschen, die nicht in ihrem Geburtsland leben, arbeiten oder zur Schule
gehen.
501 Sie sind Grundlage für die internationale Verständigung zum rechtebasierten Umgang
mit
502 Migration und soll in diesem Sinne weiterentwickelt werden. Der gleichberechtigte
Anspruch
503 von Migrant*innen zur Durchsetzung ihrer Rechte muss national und europäisch
verbindlich
504 umgesetzt werden.

- 505 (392) Deutschland ist ein Einwanderungsland, Europa ein Kontinent der Migration.
 Deshalb
 506 braucht es sichere Zugangswege und ein Einwanderungsgesetz, das faire und
 507 diskriminierungsfreie Kriterien für Einwanderung definiert. Das schließt ein Recht auf
 508 Familienleben mit ein sowie dass Menschen ihren Status wechseln und zwischen ihrem
 509 Herkunftsland und dem Wohnort hin- und herreisen können. Menschen, die hier leben,
 sollen
 510 schnell den Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten bekommen. Dafür braucht es ein
 modernes
 511 Staatsbürgerschaftsrecht, das mehrere Staatsbürgerschaften ermöglicht.
- 512 (393) Menschen, die aufgrund von politischer Verfolgung, Folter, Bedrohung von Leib
 und
 513 Leben, Menschenrechtsverletzungen oder Krieg gezwungen sind, ihre Heimat zu
 verlassen,
 514 werden durch das Asylrecht geschützt. Das international verankerte Recht, in einem
 anderen
 515 Land Schutz zu suchen, beruht auf den Lehren aus dem Menschheitsverbrechen der
 Shoah. Die
 516 völkerrechtlich verbindlichen Regeln, insbesondere der Genfer Flüchtlingskonvention,
 gelten
 517 universell und uneingeschränkt für alle Geflüchteten. Sie sind Verpflichtung und
 Fundament
 518 einer Welt, in der die Würde des Menschen unantastbar ist. Das individuelle Grundrecht
 auf
 519 Asyl ist Grundpfeiler einer menschenrechtsorientierten Politik und muss unangetastet
 520 bleiben. Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder Herkunftsstaaten einzustufen,
 521 braucht es rechtssichere, schnelle und faire Verfahren, also unvoreingenommene
 Asylverfahren
 522 und den Zugang zu einer unabhängigen Beratung während des gesamten Verfahrens.
 Der Globale
 523 Pakt für Flüchtlinge steht für das Bestreben, Flucht international menschenwürdig zu
 524 gestalten und die Rechte der Betroffenen zu schützen. Entsprechend muss der
 internationale
 525 Umgang mit Geflüchteten rechtebasiert weiterentwickelt werden.
- 526 (394) Egal wo jemand herkommt, egal wo jemand hinwill oder aus welchem Grund ein
 Mensch in
 527 Seenot ist: Menschen sind aus Lebensgefahr zu retten und an einen sicheren Ort zu
 bringen.
 528 Dort, wo Menschen in Not sind, haben Staaten die Verantwortung, Rettungen zu
 koordinieren
 529 und zu organisieren. Dafür braucht es ein gemeinsames EU-Seenotrettungssystem. Wer
 sich für
 530 Menschenrechte einsetzt, ob an Land oder auf See, ist zu unterstützen und darf nicht
 531 kriminalisiert werden.
- 532 (395) Die Klimakrise zwingt immer mehr Menschen zu Migration und Flucht, bereits
 bestehende
 533 Konflikte werden weiter verschärft. Insbesondere der globale Süden ist davon betroffen.
 Ziel
 534 muss sein, durch Klimaschutz, -finanzierung und -anpassung zu verhindern, dass
 Menschen

535 aufgrund der Klimafolgen ihre Heimat verlassen müssen. Wenn Menschen die
 Staatenlosigkeit
 536 droht oder sie dauerhaft ihre Heimat verlieren, brauchen sie Möglichkeiten zur
 würdevollen,
 537 frühzeitigen, selbstbestimmten und sicheren Migration. Sie dürfen nicht in eine
 Schutzlücke
 538 geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus.
 Insbesondere
 539 Staaten, die historisch wie aktuell den Großteil klimaschädlicher Gase emittieren,
 müssen
 540 sich an einem globalen Ausgleich der Klimafolgen, Schäden und Verluste sowie der
 Schaffung
 541 sicherer und würdevoller Migrationswege beteiligen.

542 (396) Menschen brauchen Perspektiven. Duldungen bedeuten einen Zustand in der
 Schwebelage,
 543 fortdauernde Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Ein solcher Ausnahmezustand muss
 Ausnahme
 544 sein. Menschen, die dauerhaft hier leben, brauchen ein sicheres Bleiberecht. Kein
 Mensch ist
 545 illegal, daher sollten Abschiebungen stets das letzte Mittel sein. Freiwillige Rückkehr hat
 546 immer Vorrang. Haft ohne Verbrechen zur Durchsetzung der Ausreise ist ein massiver
 Eingriff
 547 in das verfassungsrechtlich garantierte Freiheitsrecht. Abschiebungen in Kriegs- und
 548 Krisengebiete verbieten sich.

549 (397) Rechtsstaatliche, zügige und geordnete Verfahren ermöglichen die Wahrnehmung
 der
 550 menschenrechtlichen und humanitären Verantwortung der EU. Der Zugang zu
 individuellen
 551 Asylverfahren muss in den Mitgliedsstaaten der EU gewährleistet sein.
 Abschottung ist
 552 nicht nur inhuman, sondern führt zu Chaos. Rechtsstaatlich und europäisch kontrollierte
 EU-
 553 Außengrenzen, eine zuverlässige Registrierung und erste Checks durch eine eigene EU-
 554 Asylbehörde, humane Unterkünfte sowie ein einheitliches Asylsystem, das die
 Verantwortung
 555 innerhalb der EU fair verteilt, sind die Grundlagen einer gemeinsamen EU-Asylpolitik.
 556 Grenzen sind nur rechtsstaatlich kontrolliert, wenn Menschenrechte an diesen Grenzen
 557 geschützt werden und eine Möglichkeit zur Einreise existiert.

558 (398) Nicht jede*r hat das Recht auf Asyl, aber jede*r hat das Recht auf ein
 559 rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung sowie auf eine würdige
 Unterbringung
 560 und Behandlung. Zugang zu unabhängiger, rechtlicher Beratung und zu
 561 Widerspruchsmöglichkeiten zeichnet den Rechtsstaat aus. Ärztliche Versorgung und
 Zugang zu
 562 Bildung muss in dieser Zeit und auch unabhängig vom Status gewährleistet sein. Ziel
 ist ein
 563 gemeinsames EU-Asylrecht mit hohen Standards.

564 (399) Um eine humanitäre Versorgung von geflüchteten Menschen auch außerhalb der
565 Europäischen Union zu unterstützen, sind Kooperationen und Solidarität mit
Nachbarstaaten
566 und weiteren Aufnahmeländern notwendig. Die Möglichkeit zu fliehen sowie in
Deutschland und
567 Europa Schutz zu suchen, darf jedoch nicht durch Kooperationen mit Drittstaaten
erschwert
568 werden und Kooperationen dürfen nicht zu Menschenrechtsverletzungen führen.
Besonderen
569 Schutz brauchen vulnerable Gruppen wie zum Beispiel Frauen, Kinder, LGBTIQ, alte und
kranke
570 Menschen.

571 (400) Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die Gründe für Flucht und nicht die
Menschen
572 auf der Flucht zu bekämpfen. Europäische Politik muss sich danach ausrichten, die
573 politischen Herausforderungen global zu denken und auch lokal dafür Sorge zu tragen,
globale
574 Gerechtigkeit zu stärken. Europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder
575 Rüstungsexportpolitik muss konsequent auf ihre sozialen, wirtschaftlichen und
ökologischen
576 Wirkungen in Drittstaaten überprüft werden, Korruption und Patronage unterbinden und
nach
577 dem Pariser Klimaabkommen, den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen sowie
den
578 Menschenrechten gestaltet sein.

579 (401) Im Zentrum unserer Asyl- und Migrationspolitik steht der Mensch in seiner Würde
und
580 Freiheit. Unser Ziel ist eine Welt, in der Menschen nicht zur Flucht gezwungen werden.